

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 13.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wohnungsbau für Halle und Thieritz 250 Hekt. durch die Stadtbezogen 8 Hekt. für das Alterheim.
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratis-Beilagen Halleischer
Gauverleger (Halle), Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Provinz. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die reichsgeliebte Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle u. den Gaukreis
20 Hekt. erhöht 50 Hekt. Retikolen am Schluss des reaktionellen Zeils die Seite 100 Hekt.
Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272.
Verleger Dr. Walter Gebel in Halle a. S.

Dienstag, 9. Januar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Anstalt Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Sozialdemokratie und Familie.

(Auch ein Wort zur Reichstagswahl.)

Den Gegenwartsstaat und die herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu zertrümmern, ist das bestimmte Ziel der Sozialdemokratie. Auf diesen Plan ist ihr gesamtes politisches Verhalten zugeschnitten. Ihre Absicht kann indes die Umsturzpartei nur durchsetzen und zur Ausführung bringen, wenn die Grundlage zerstört ist, auf der Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft gegründet ist. Diese Grundlage ist die Familie, die notwendige Voraussetzung eines Staates, ist die Ehe, aus der das Volk entspringt. Denn aus der Hauswirtschaft ist die sittliche und Staatswirtschaft hervorgegangen und die sittliche Lebensgemeinschaft in der Ehe und Familie, zwischen Mann und Weib, zwischen Eltern und Kindern und Geschwistern mit ihren unentbehrlichen Faktoren der Treue, Zucht und Anhänglichkeit bildet das Fundament einer staatlichen Gemeinschaft, ist die Pflanzstätte des Gemeinwesens, dessen der Staat bedarf, wenn er existenzfähig sein und bleiben soll.

Der Todfeind der Familie als der Grundlage aller staatlichen, sozialen und sittlichen Ordnung ist die Sozialdemokratie, nicht nur aus dem Grunde, weil Familie und Ehe die Basis des Gegenwartsstaates bilden, sondern auch, weil mit dem Begriff Ehe und Familie notwendig der der persönlichen Selbstständigkeit und ein gewisses Maß von Privatvermögen verbunden ist, das jede Gründung einer Familie zur Voraussetzung hat. August Bebel sagt: „Die Ehe ist die Folge des bürgerlichen Eigentums. Diese Ehe mit dem Privatvermögen, mit dem Erbrecht in enger Verbindung stehend, verlangt „legitime“ Kinder als Erben.“ Die sozialdemokratische Weltanschauung, die im Weib diebstahl erblickt, kann daher die Ehe nicht brauchen. Sie verwirft sie, fordert ein Zusammenleben der Geschlechter nach Belieben, also Ehen auf Probe, auf Zeit. Die Kindererziehung aber soll außerhalb der Familie in Staatsanstalten stattfinden, denn nach August Bebel, dem anerkanntesten Oberhaupt der Genossen, ist der Anspruch der Eltern, Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder zu besitzen, eine unerträgliche Anmaßung. Und wie die Erziehung der Kinder im Rahmen der Familie fallen soll, so soll auch die eheliche Treue über Bord geworfen werden. Bebel behauptet, daß die „freie Liebe“, die die Sozialdemokratie propagiert, das Weib völlig „frei“ mache. Gewiß, „vogelfrei“, denn wenn keine Sittenzucht, kein Sittengesetz mehr Geltung hat, und das ist nach dem sozialdemokratischen Rezept für die Gestaltung der Dinge im Zukunftstaate der Fall, dann wird das Weib, schuflos gemacht, der Spielball niedriger Leidenschaften, eigener und derer des Mannes, der sich mit dem Rechte des Stärkeren in der Verwirklichung seiner Begierden und Bedürfnisse keinerlei Beschränkungen auferlegt. Wie sich im sozialdemokratischen Reiche der „freien“ Liebe, das keine Gattentreue kennt, das Leben des Weibes gestalten wird, mag sich der Leser selbst ausmalen. Nur darauf sei hingewiesen, daß mit dem unerwartetst gegenständlichen Wirken und Werten, das bei der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in der Familie und Ehe das Weib als Lebensgefährtin und Kamerad des Mannes und als Mutter entfaltet, auch dem Manne das Weib geraubt würde, was ihm den stärksten Ansporn und Antrieb gibt zur Arbeit und zum Fortwärtstreben.

Es ist seltsam, daß diese handgreiflichen Tatsachen, die jeder verstehen und begreifen muß, der seine fünf Sinne beisammen hat, so wenig Beachtung finden. Gerade in Arbeiterkreisen, in denen doch die Familienzusammengehörigkeit so lebendig in Erscheinung tritt, müßte doch die Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie mit dem Familien- und Eheglück das Beste nimmt, das diese Kreise besitzen, sich Bahn brechen und das Verhängnisvolle des sozialdemokratischen Zukunftswahnes zum Bewußtsein kommen. Abzulegen kann die Sozialdemokratie ihre Todesinsekt gegen Familie und Ehe nicht, die Schriften und Aufbegehren ihrer Führer würden sie klagen strafen. Und wenn ihre Anhänger unter der Arbeiterkraft behaupten wollen, die Todesinsekt der Sozialdemokratie gegen Ehe und Familienleben werde ihr nur von den bürgerlichen Parteien angeblöht, um die Wähler grauen zu machen, so beweisen

sie damit, daß sie eben die Richtlinien der Partei, der sie nachlaufen, noch gar nicht kennen, beziehungsweise über das, was sie davon gehört oder gelesen haben, nicht nachdenken. Läten sie das, dann würden sie einsehen, daß der Umsturz- wille, den die Sozialdemokratie hat, aus den von August Bebel angedeuteten Gründen gar nicht vor der Familie halt machen kann, daß diese fallen muß, wenn der Zukunftstaate kommen soll, und daß dann jeder einzelne das Beste und Kostbarste verliert, den Gott, sein „Zuhause“.

Jeder Wähler hat eine Mutter gehabt, die ihn gehegt und gepflegt als kleines Kind, die ihn gelehrt und in den Schlaf gewiegt in einem, und sei es auch noch so kleinem Heim, in dem sie schlafte und wachte. Will er sich und seinen Nachkommen die Erinnerung an ein trauriges Familienleben rauben, indem er der Partei seine Stimme gibt, die Familienleben und Ehe zerstören will und zerstören muß, wenn sie ihre Umsturzgedanken verwirklicht? sch.

Teuerung und Arbeitslöhne im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirk Halle.

Es wird uns geschrieben: In einem vor kurzem in der „Halle'schen Zeitung“ erschienenen Aufsatz wurde auf die Zunahme der Löhne der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Bergrevier hingewiesen und gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben in viel höherem Maße gestiegen sind, als die Lebenshaltung verteuert wurde. Wenngleich in dem betreffenden Aufsatz gelagt war, daß diese Lohnverhältnisse bis zu einem gewissen Grade ein richtiges Bild von der Entwicklung der gesamten Löhne überhaupt zu geben vermöchten, so dürften doch auch die folgenden Angaben über den Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirk Halle von Interesse sein, zumal ja gerade in der näheren Umgebung der Stadt Halle selbst dieser Zweig unseres Bergbaues eine große Rolle spielt. Aus den folgenden Zahlen wird ebenfalls deutlich hervorgehen, daß die Löhne in weit höherem Maße gestiegen sind, als es die Erhöhung der Preise der Lebenshaltung erforderlich machte.

Nach der amtlichen Statistik ist der auf einen im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirk Halle beschäftigten Arbeiter entfallende Durchschnittslohn vom Jahre 1890 bis zum Jahre 1910 um fast 50 Prozent gestiegen, nämlich von 780 Mk. auf 1089 Mk. Andererseits ist für die Provinz Sachsen die Verteuerung der Lebenshaltung folgendermaßen berechnet: In den letzten 15 bis 20 Jahren sind die Lebensmittel um ca. 20 Prozent, die Mietpreise um ca. 15–20 Proz., die Materialpreise um 20–40 Proz. gestiegen. Das ergibt für einen einfach geführten Haushalt eine Steigerung der Ausgaben für diesen Haushalt um ca. 22 Proz. Demnach sind noch rund 27 Proz. des Lohnes vorhanden, welche für eine Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung Verwendung finden können.

Die Steigerung der Löhne hat natürlich nicht gleichmäßig vor sich gehen können, sondern es hat bisweilen zu Zeiten besonders schlechten Geschäftsganges, eine Herabsetzung derselben erfolgen müssen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die ungünstige Wirtschaftslage des Braunkohlenbergbaues auf die Löhne immer nur von verhältnismäßig geringem und kurzem Einfluß war. Während der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst nur in den Jahren 1893 und 1894 zurückging, nachdem er in den vorhergehenden Jahren ständig gestiegen war, trat für den Braunkohlenbergbau selbst mit dem Jahre 1893 eine fünfjährige Periode ein, die durch den starken Abfall der Werturen als eine Zeit schlechteren Beschäftigungsgrades und deshalb verminderten Kohlenbedarfs der deutschen Industrie gekennzeichnet wurde. Ebenso trat mit dem letzten Jahrzehnt der Niedrigkeit des jährlichen Durchschnittslohnes nur auf die Jahre 1901 und 1902, obwohl die ungünstige wirtschaftliche Lage bis zum Jahre 1904 andauerte. Auf den letzten Rückgang der Löhne endlich im Jahre 1907 ist bereits im Jahre 1910 wieder eine Aufbesserung gefolgt.

Die Revolution in China.

Zur Befreiung der Eisenbahnlinie Peking-Tientsin. Die von uns bereits gemeldete Entsendung von einzelnen Abteilungen der in der chinesischen Provinz Sibirien befindlichen fremden Truppen zum Schutz mehrerer Punkte der Eisenbahnlinie Peking-Tientsin beruht, wie die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt, auf einem Einvernehmen zwischen den Gesandten der Großmächte in Peking. Das Recht der Mächte zu einer internationalen Verwendung der Bahnlinie ergibt sich aus den Bestimmungen des sogenannten Boreporetokoffa. Die Truppenentfaltung fällt sich in engen Grenzen und ist lediglich dazu bestimmt, beiden chinesischen Parteien gegenüber das Interesse der Mächte an der unbeeinträchtigt

Erhaltung der Bahnlinie Peking-Tientsin zu betonen und die Wiederholung von Vorgängen wie die des Jahres 1900 zu verhindern.

Kritische Lage.

Das Auerische Bureau meldet aus Peking: Der Waffenstillstand ist nicht erneuert worden. Die Verhandlungen mit den Revolutionären sind auf einem toten Punkt angelangt. Die Regierung in Peking hegt die Erwartung, daß sich die Revolutionäre nach Norden wenden und so Gelegenheit zu einer entscheidenden Schlacht geben werden, da sie selbst infolge des Mangels an Mitteln außerstande ist, genügend Truppen nach dem Süden zu senden, um sich den Sieg zu sichern. Die Aufständischen von Schansi und Schensi rücken bereit auf Senanhi. Eine Erbschaftssteuer der Kaiserlichen, die nach Schensi verlegt worden war, zieht sich auf Norden zurück, jedoch kommen Verfallungen vom Norden herbei. Die Kaufleute von Tientsin beklagen sich über die kaiserlichen Offiziere, die unmäßigweise den Güterverkehr hemmen, so daß der Außenhandel von Tientsin gefährdet erscheint.

Rußland und China in der Mongolei.

Die russische Regierung hat der chinesischen erklärt, daß die Unabhängigkeit der äußeren Mongolei in ihren inneren Angelegenheiten, die unter Leitung des Chepin Dampa guttuttu stehen, der am 29. Dezember zum Monarchen ausgerufen worden war, anerkannt werden müsse. Es wird in der Mitteilung hinzugefügt, daß Rußland die Mongolei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen werde und eine Bahn von Kjachta nach Urga zu bauen beabsichtige. Kürzlich werde China seine Truppen in der äußeren Mongolei mehr halten und keine Kolonisten dorthin senden dürfen. Es solle China jedoch gestattet sein, die Aufsicht über die auswärtigen Beziehungen des Landes zu behalten. — China hat noch keine Antwort auf diese Erklärung gegeben.

Ein Engländer ermordet.

Nach einer Meldung aus Schanghai ist in Moksichuan ein Engländer am Sonnabend von Räubern ermordet worden.

Der italienisch-türkische Krieg.

Wann wird es zum Frieden kommen?

Das Konstantinopeler Blatt „Tanin“ demontiert in einem Leitartikel die Friedensgerüchte und erklärt: Die Porte verläßt ihren ursprünglichen Standpunkt nicht, nämlich: keine Lösung anzunehmen, die nicht die Souveränität des osmanischen Reiches über Tripolis und Benghazi zur Grundlage hat. Der Friede ist ebenso fern wie am ersten Tage des Krieges, ja heute mehr denn je. Der Krieg wird ewig geführt werden, bis Italien seine Ohnmacht einseht und das Annerkennungsbekret zurückzieht. Man befindet sich in einem Irrtum, wenn man annimmt, daß wir Tripolis verlassen werden, um Verhandlungen am Balkan zu vermeiden. Der tripolitische Krieg schwächt die Türkei keineswegs. Italien mag aus einem allgemeinen Krieg eine Vorteil erhoffen, doch wir fürchten nichts. Die Osmanen sind für alle Eventualitäten bereit.

Deutsches Reich.

* Zur Reichstagswahl. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß für die diesjährige Reichstagswahl im Reichsamt des Innern ein besonderes Bureau zur Sammlung und Bearbeitung der eingehenden Wahl- nachrichten eingerichtet wird, dem es voraussichtlich möglich sein wird, durch eine am 13. Januar um 1/3 Uhr erscheinende Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ für die Mehrzahl der Wahlkreise die vorläufigen amtlichen Ergebnisse der Reichstagswahl, jedoch ohne Angabe der Stimmenzahl, zu veröffentlichen. Am Tage nach der amtlichen Ermittlung des Wahlergebnisses werden in ähnlicher Weise Namen und Parteistellung der in die eigene Wahl kommenden Kandidaten veröffentlicht und dabei die Zahl der Stimmen mitgeteilt.

* Kaiser Wilhelm und Lord Lansdale. Zu den Mitteilungen der „Londoner Daily News“ über Auerungen Lord Lansdales, die sich auf den deutschen Kaiser beziehen, erklärt Lord Lansdale in der „Daily Mail“, das Interview enthalte lediglich persönliche Ansichten und Eindrücke und sei ohne jegliche Ermächtigung und ganz ohne die Billigung des Kaisers veröffentlicht worden. — Auch das W. Z. W. in der Lage, zu bestätigen, daß die Behauptung, die Veröffentlichung sei mit Ermächtigung oder Billigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs erfolgt, falsch ist.

* Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. Wie man uns schreibt, wird Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg nun doch demnächst in den aktiven Kolonialdienst eintreten. Daß es sich dabei nicht um die Stellung als Gouverneur von

